

**22. April 1972: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU
Über die Weisungen an den sowjetischen Botschafter in Berlin, M. T. Efremov, im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD***

Der Entwurf der Weisungen an den sowjetischen Botschafter in Berlin ist zu bestätigen (Anlage).

[Anlage]**

Geheim

An den sowjetischen Botschafter
Berlin

Suchen Sie Gen. Honecker auf und teilen Sie ihm Folgendes mit.

In Moskau analysierte man die Situation, wie sie sich in den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD zu den Transportfragen ergeben hat. Wir teilen die Auffassung der deutschen Freunde, wonach es erwünscht sei, den Verkehrsvertrag innerhalb der geplanten Fristen zu paraphieren und zu diesem Zweck eine Lösung der Frage einer Miteinbeziehung Westberlins in einer für die DDR annehmbaren Form bei der Umsetzung der Bestimmungen dieses Vertrages vorzunehmen.

Unserer Meinung nach könnte ein Ausweg darin bestehen, dass die DDR bei der Vertragsparaphierung in einer offiziellen Erklärung ihre Bereitschaft ausdrückt, die Frage über die Berücksichtigung der Transportinteressen Westberlins nach dem Inkrafttreten des Viermächteabkommen vom 3. September 1971 wohlwollend zu prüfen und zu regeln, [und zwar] ausgehend von den entsprechenden Bestimmungen des Verkehrsvertrages.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde ein solches Vorgehen die westdeutsche Seite aller Wahrscheinlichkeit nach zufriedenstellen. Zudem würde eine solche Erklärung weder dem Viermächteabkommen widersprechen noch den Interessen der DDR schaden.

In der Folge, könnte die DDR nach der Vertragsunterzeichnung eine Erklärung folgenden Inhalts abgeben:

„Die anwendbaren Bestimmungen des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der BRD vom ...¹ werden im Einklang mit dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) unter der Bedingung angewendet, dass Berlin (West) seinerseits die Einhaltung der in den genannten Bestimmungen dieses Vertrages vorgesehenen Modalitäten und Prozeduren gewährleistet.“

Eine solche einseitige Erklärung würde der prinzipiellen Position der Freunde zur Gänze entsprechen und den guten Willen der DDR demonstrieren. Zugleich würde das Einverständnis der DDR, nur einzelne anwendbare Bestimmungen des Verkehrsvertrages, und nicht den gesamten Vertrag in vollem Umfang, auf Westberlin anzuwenden sowie die gesetzlichen Interessen der DDR in Westberliner Fragen absichern und der BRD keinerlei Rechte bezüglich der Eisenbahn- und Schiffsverbindungen in Westberlin einräumen. Die Frage über die Anwendbarkeit einzelner Bestimmungen des Verkehrsvertrages auf den Personen- und Güterverkehr aus Westberlin würde einzig von der DDR entschieden werden.

Für den Fall, dass sich die vorgeschlagene Vorgehensweise zur Lösung des Problems infolge der Position der BRD als nicht realisierbar zeigt, könnte man als äußerste Ersatzlösung die Ausweitung des Gültigkeitsbereiches des Verkehrsvertrages auf Westberlin mittels eines Austausches entsprechender Briefe in Betracht ziehen, wie dies vom Außenministerium der DDR vorgeschlagen wird. Dabei sollte man jedoch vereinbaren, dass es sich bloß um die Ausweitung der anwendbaren Best-

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 503, S. 41, 46. – Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU vom 20.-24. April 1972. Punkt 26.

** Ebd., S. 78f. – Zu Punkt 26 des Prot. Nr. 42.

¹ So im Original.

immungen des Verkehrsvertrages handelt und auf das Viermächteabkommen als juristische Grundlage einer solchen Ausweitung zu verweisen. Wir sind mit den Überlegungen der deutschen Freunde einverstanden, den Briefftext um den Hinweis zu erweitern, dass die Ausweitung des Verkehrsvertrages auf Westberlin nicht die Abkommen zwischen der DDR und dem [Westberliner] Senat über Reisen und Besuche von Westberlinern in der DDR und den gegenwärtigen Status der Eisenbahn- und Schiffsverbindungen in Westberlin berühren dürfe.

Es wäre jedoch zielführend, sich diese Variante bis zur Umsetzung der erstgenannten Vorgehensweise als Reserve zu behalten.

Es versteht sich, dass wir im Bedarfsfall bereit sind, zu sämtlichen Aspekten dieses schwierigen Fragenkomplexes im ständigen Arbeitskontakt mit den deutschen Freunden zu sein.

Die Umsetzung ist telegraphisch zu bestätigen.